

## Niederschrift

über die VIII/010. Sitzung  
des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschusses der Stadt Schwerte am

**Dienstag, dem 24.05.2011, um 17:00 Uhr**  
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

### Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Heinrich Böckelühr

### CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Jens Brökelschen
3. Herr Johannes Dietmar Hellwig für Frau Sonja Lammert
4. Frau Ellen Hentschel
5. Herr Klaus-Jürgen Paul
6. Herr Hans-Georg Rehage
7. Frau Ursula Steinbrücker für Herrn Marco Kordt

### SPD-Fraktion

8. Herr Thomas Klüh
9. Frau Ursula Meise
10. Frau Marlies Mette
11. Frau Britta Santehanser
12. Frau Anita Schweer-Schnitker

### Bündnis 90/Die Grünen

13. Frau Monika Demant
14. Herr Rupert Filthaus

### FDP-Fraktion

15. Herr Wolfgang Schilken

### WfS-Fraktion

16. Herr Eckehard Weist

### Fraktion DIE LINKE.

17. Herr Dieter Reichwald

### seitens der Verwaltung die Damen und Herren

18. Herr Carsten Morgenthal Leiter der Stabsstelle Recht und Presse
19. Frau Jutta Pentling Fachdienstleiterin 1

- |     |                         |                            |
|-----|-------------------------|----------------------------|
| 20. | Herr Peter Schubert     | Beigeordneter und Kämmerer |
| 21. | Herr Christian Struwe   | Bereichsleiter 10          |
| 22. | Herr Hans-Georg Winkler | Erster Beigeordneter       |
| 23. | Frau Birgit Wippermann  | Gleichstellungsbeauftragte |

**Schriftführer**

24. Herr Thomas Kordel

Abwesend:

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00\_Uhr
- b) geschlossen um 19:20 Uhr
- c) unterbrochen von 18:25 Uhr bis 18:37 Uhr

## Tagesordnung

### **I. Öffentliche Sitzung**

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Ersatzwahlen **VIII/0457**
- 5.1. Ersatzwahlen **VIII/0457/1**  
Ergänzung zur Drucks.-Nr.: VIII/0457
6. Personalbericht 2010 (Personalkostenentwicklungskonzept) **VIII/0443**
7. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 7.1. Neue Wege - gleiche Chancen **VIII/0458**  
Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf  
Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung
8. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
9. Informationen und Anfragen

## I. öffentliche Sitzung

### 1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses

---

Herr Bürgermeister Böckelühr eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschusses fest.

### 2. Genehmigung der Tagesordnung

---

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die vorliegende Tagesordnung gilt somit als festgestellt.

### 3. Einwohnerfragestunde

---

Es liegen keine Anfragen zur Einwohnerfragestunde vor.

### 4. Feststellung von Befangenheit

---

Ein Mitwirkungsverbot nach § 31 GO NRW und § 9 GeschO (Rat und Ausschüsse) liegt nicht vor.

### 5. Ersatzwahlen Vorlage: VIII/0457

---

#### **Beschlussempfehlung an den Rat:**

1.  
Als Nachfolgerin für Frau Katrin Bauer wird

Frau Britta Santehanser	als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
Frau Schweer-Schnitker	als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule, Sport und Infrastruktur
Frau Reinhild Hoffmann	als stellvertretendes Mitglied im Integrationsrat
Frau Britta Santehanser	als Direktdelegierte für den Ruhrverband Essen für die Restdauer der Wahlzeit des Rates

benannt.

**2.**

Als Nachfolgerin für Frau Anita Schweer-Schnitker wird

Frau Katrin Bauer	als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Sport und Infrastruktur
-------------------	---

benannt.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

(Herr Bürgermeister Böckelühr ist nicht stimmberechtigt)

**5.1.**

**Ersatzwahlen**

**Ergänzung zur Drucks.-Nr.: VIII/0457**

**Vorlage: VIII/0457/1**

---

**Beschlussempfehlung an den Rat:**

**1.**

Als Nachfolger/in für Herrn Walter Hülscher wird

Herr Wolfgang Schilken	als ordentliches Mitglied im Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss
Frau Susanne Schneider	als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
Herr Wolfgang Schilken	als ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
Frau Susanne Schneider	als stellvertretendes Mitglied im Wahlausschuss
Herr Wolfgang Schilken	als ordentliches Mitglied im Wahlprüfungsausschuss

benannt.

**2.**

Als Nachfolgerin für Herrn Wolfgang Schilken wird

Frau Susanne Schneider	als stellvertretendes Mitglied im Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss
Frau Susanne Schneider	als stellvertretendes Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
Frau Susanne Schneider	als stellvertretendes Mitglied im Wahlprüfungsausschuss

benannt.

**3.**

Als Nachfolger/in für Herrn Nikolai Hebben wird

Herr Dieter Biermann	als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden
Frau Ute Hammerl	als beratendes Mitglied im Jugendhilfe- und Sozialausschuss

benannt.

**4.**

Als Nachfolgerin für Herrn Dieter Biermann wird

Frau Ute Hammerl	als stellvertretende sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden
------------------	---

benannt.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

(Herr Bürgermeister Böckelühr ist nicht stimmberechtigt)

**6. Personalbericht 2010 (Personalkostenentwicklungskonzept)  
Vorlage: VIII/0443**

---

Herr Struwe erklärt, dass der Personalbericht 2009 erst vor sechs Monaten vorgestellt wurde. In der damaligen Sitzung wurde vorgeschlagen, den Personalbericht künftig jeweils in der Mai-Sitzung des Haupt- Personal- und Gleichstellungsausschusses vorzustellen. Da aus diesem Grunde nunmehr in einem sehr kurzen Abstand der Personalbericht 2010 vorgestellt wird, werden sich seine Ausführungen auf die wesentlichen Änderungen beschränken.

Nach den Ausführungen von Herrn Struwe zum Personalbericht 2010 eröffnet der Bürgermeister die Diskussionsrunde.

Frau Demant bedankt sich für den Bericht und für die anschauliche Darstellung. Vor dem Hintergrund sinkender Ausbildungszahlen im Erziehungsdienst bittet sie um Veranschaulichung der Situation der Jahrespraktikantinnen bei der Stadt Schwerte. Des Weiteren bittet sie um Erläuterung, ob es sich bei den im Personalbericht dargestellten 2,5 Tage dienstliche Freistellung für Erzieherinnen um eine zusätzliche Freistellung neben dem allgemeinen Anspruch von 5 Tagen für Weiterbildung handelt. Abschließend bittet sie um Klärung, ob und wo die Kosten der Personalentwicklung für diesen Teilbereich dargestellt werden.

Herr Struwe erklärt, dass zur Zeit drei Jahrespraktikantinnen in drei Kindertageseinrichtungen beschäftigt werden. Im Zuge der Planungen für das nächste Kindergartenjahr würden auch künftig Jahrespraktikantinnen berücksichtigt. Weiter erklärt er, dass die 2,5 Tage dienstliche Freistellung lt. Tarifvertrag „Sozial- und Erziehungsdienst“ vorgeschrieben und daher zusätzlich zu gewähren seien. Hinsichtlich der Kosten für die Personalentwicklung für diesen Teilbereich erklärt er, dass diese nicht gesondert ausgewiesen werden können.

Frau Santehanser fragt an, warum für 2012 keine Ausbildung im Verwaltungsbereich vorgesehen sei.

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt, dass für 2012 der Schwerpunkt bei der Aus- und Fortbildung auf den Angestelltenlehrgang II gelegt werde. In Abstimmung mit dem Personalrat solle zukünftig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit abgeschlossenem Angestelltenlehrgang I die Möglichkeit gegeben werden, sich durch den Besuch des Angestelltenlehrgangs II beruflich weiter zu entwickeln. In erster Linie solle hierbei das Augenmerk auf Frauen, die nach „abgeschlossener Familienphase“ in den Beruf zurückkehren, gelegt werden. Ziel sei es auch, hierdurch das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst aufzufangen.

Herr Schilken bittet den seines Erachtens rasanten Anstieg der Personalkosten seit 2007 zu erklären. Es könne hierfür nicht nur der Aufbau des Pensionsfonds bzw. die Tarif- und Besoldungserhöhungen verantwortlich sein. Sicherlich seien auch noch andere Faktoren ausschlaggebend. Bezugnehmend auf die Unfallstatistik bittet er um Mitteilung, ob bei der genannten Anzahl von Unfällen in 2010 Personen mehrfach betroffen waren. Letztlich bittet er um Auskunft, ob bei den für 2011 vorgesehenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Betriebssystems bzw. eines neuen „Office-Produktes“ die Möglichkeit für Fraktionsmitglieder besteht, ggf. auch gegen Entgelt, an den entsprechenden Schulungen teilzunehmen.

Frau Pentling führt aus, dass bei einer Gegenüberstellung der entsprechenden Daten aus den Personalberichten für 2009 und 2010 ersichtlich sei, dass sich die Steigerungen durch alle aufgeführten Kostenarten, wie z. B. die Tarif- und Besoldungserhöhungen, die Versorgungskassenumlagen, die Versorgungsrücklage, die Beihilfen und die Sozialversicherungsbeiträge ziehen. Seitens der Verwaltung sei hier eine Einflussnahme nicht möglich. Hinsichtlich der Unfallstatistik erklärt sie, habe eine Auswertung im Hinblick darauf, ob einzelne Personen bei mehreren Unfällen betroffen waren, bisher nicht stattgefunden und somit könne hierzu keine Aussage gemacht werden. Es sei jedoch aus der letzten Sitzung des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss bekannt, dass der Bereich der Feuerwehr von Unfällen besonders betroffen sei. Frau Pentling führt weiterhin aus, dass sie hinsichtlich von Schulungsmöglichkeiten für Fraktionsmitglieder für das Betriebssystem „Windows 7“ und das neue „Office-Produkt“ mit dem Bereich Verwaltungsservice/IT Kontakt aufnehmen werde. Ihr sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt, ob noch freie Seminarplätze vorhanden seien. Es werde ggf. bei allen Fraktionen der Bedarf an Schulungen abgefragt.

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt in diesen Zusammenhang, dass es sich bei den Unfällen bei der Feuerwehr in erster Linie um Sportunfälle handele. Da die Feuerwehr verpflichtet sei Dienstsport auszuüben, seien diese Unfällen zu der Gruppe der Arbeitsunfälle zu rechnen.

Frau Wippermann begrüßt die nach ihren Worten geschlechtergerechte Darstellung der Zahlen im Personalbericht 2010. Ihres Erachtens wäre eine Differenzierung nach Geschlechtern auch bei der Darstellung des Stellenabbaues wünschenswert. Gerade im Bereich der Reinigung seien ausschließlich mit Frauen besetzte Stellen abgebaut worden. Des Weiteren sei sie der Meinung, dass in Sachen Ausbildung künftig auch ein Augenmerk auf den gewerblichen Bereich gelegt werden sollte.

Frau Pentling erklärt, dass eine geschlechterspezifische Darstellung der abgebauten Stellen nicht möglich sei, da bei Stellen nicht nach Geschlechtern unterschieden werden könne. Es könne hier nur eine neutrale Betrachtung vorgenommen werden. Dass im Reinigungsdienst ausschließlich mit Frauen besetzte Stellen abgebaut wurden, sei hinreichend bekannt und durch politische Beschlüsse gedeckt. Eine weitere Diskussion über den Stellenabbau im Reinigungsdienst, auch wenn sich dieser negativ auf die weibliche Beschäftigungszahl bei der Stadt Schwerte ausgewirkt habe, sei daher unnötig. Im Hinblick auf den Erziehungsdienst betont Frau Pentling, dass es förderlich wäre, wenn hier seitens der Gleichstellungsbeauftragten auch Männer durch Veranstaltungen, Pressemitteilungen etc. für diese Tätigkeiten motiviert werden könnten.

Herr Bürgermeister Böckelühr ergänzt in diesem Zusammenhang, dass zur Zeit auch ein Erzieher beschäftigt werde, jedoch sei auch er der Meinung, dass es der richtige Weg sei, in diesem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung nach außen zu betreiben.

Herr Filthaus bittet um Klärung, ob es sich bei dem Leistungsentgeltsystem noch um ein Pilotprojekt oder bereits um ein fest eingeführtes Instrument zur Leistungsbewertung handelt.

Herr Struwe erklärt, dass es sich bei dem Leistungsentgeltsystem nicht um ein Pilotprojekt sondern um die Umsetzung des Tarifvertrages seit 2008 handelt. Seitens der Verwaltung sei in diesem Zusammenhang eine Dienstvereinbarung mit der Personalvertretung abgeschlossen worden. Begleitet werde das Leistungsentgeltsystem durch eine betriebliche Kommission, die sich mit der Weiterentwicklung des Systems befasst. Er erklärt weiter, dass die Leistungsbewertung anhand eines Leistungsbewertungsboogens durchgeführt werde und zukünftig auch mit Zielvereinbarungen gearbeitet werden soll. Als Pilotprojekt habe sich eine Kindertagesstätte bereit erklärt mit Zielvereinbarungen zu arbeiten. Weitere Bereiche sollen danach sensibilisiert werden, sich mit dem Thema Zielvereinbarungen auseinander zu setzen. Alle Bewerberinnen und Bewerber seien zudem in einer Pflichtveranstaltung für ihre künftigen Aufgaben geschult worden. Zum Thema Punktwert erklärt Herr Struwe, dass der höchste zu erreichende Wert vier Punkte betrage.

Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Filthaus erklärt Herr Struwe, dass das System in allen Bereichen der Stadtverwaltung Schwerte bereits Anwendung finde.

Herr Bürgermeister Böckelühr führt aus, dass sowohl seitens der Dienststelle als auch seitens der Personalvertretung eine Ausschüttung des Leistungsentgeltes nach dem „Gießkannenprinzip“ nicht gewollt sei. Aus diesem Grunde sei man schnell zu einem Ergebnis hinsichtlich des Bewertungssystems gekommen und habe dieses zwischenzeitlich weiter entwickelt. So könnten die einzelnen Bewertungsmerkmale unterschiedlich gewichtet werden, was eine individuelle Bewertung der unterschiedlichen Arbeitsbereiche bzw. Personen ermögliche. Er erklärt weiter, dass nach Abschluss der Bewertungsrunde die betriebliche Kommission die Ergebnisse vor dem Hintergrund etwaiger Auffälligkeiten begutachtet. Auch die/der einzelne Mitarbeiterin/Mitarbeiter habe die Möglichkeit sich an die betriebliche Kommission zu wenden, falls sie der Meinung seien ungerecht bewertet worden zu sein. Er betont noch einmal, dass der Weg hin zu Zielvereinbarungen nur auf freiwilliger Basis beschritten werden kann, er aber gleichwohl diese für die gerechtere Bewertungsmethode halte.

Frau Mette bittet darzustellen, welche Zielvereinbarungen bei Kindertagesstätten abgeschlossen werden könnten.

Herr Struwe erklärt, dass die entsprechenden Zielvereinbarungen von der Kindertagesstätte in Zusammenarbeit mit einem externen Unternehmen erarbeitet werden. Es kann sich hierbei um Einzel- oder Gruppenziele handeln. Lt. Aussage des externen Unternehmens ließen sich für jeden Bereich Zielvereinbarungen definieren.

Herr Bürgermeister Böckelühr schlägt vor nach der Erarbeitung der Ziele für die Kindertagesstätte, über diese entsprechend zu berichten.

Herr Wilczynski erläutert anhand eines trockenen Schwammes symbolisch die seines Erachtens vorliegenden Personalsituation der Stadtverwaltung Schwerte. Hinsichtlich der Wiederbesetzung von Stellen erklärt er, dass die halbjährige Besetzungssperre zwar unbefriedigend aber hinnehmbar sei. Ein Problem sehe er jedoch, wenn nach der internen Ausschreibung einer Stelle keine Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stünden und eine externe Ausschreibung an den Vorschriften des § 82 GO NRW scheitert. Er betont weiter, dass Einigung mit der Dienststelle hinsichtlich der Ausbildung von Nachwuchskräften erzielt wurde und man sich darauf verständigt habe, für 2012 einer Weiterbildung im Rahmen des Angestelltenlehrganges II den Vorrang zu geben. Zum Thema Leistungsentgelte erklärt Herr Wilczynski, dass diese in den nächsten Jahren prozentual steigen werden. So sei für 2012



eine Ausschüttung in Höhe von 1,5 % und 2013 in Höhe von 1,75 % des Gesamtbruttoentgeltaufkommens vorgesehen.

Frau Henschel bedankt sich für den ihres Erachtens sehr ausführlich dargestellten Personalbericht. Sie fragt an, ob die Festsetzung des Punktwertes bei der Leistungsbeurteilung jährlich neu erfolgt oder ob der erstmalig ermittelte Wert bestehen bleibt.

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt, dass der Punktwert für die Leistungsbeurteilung jährlich neu festgesetzt wird. Die im Personalbericht genannten Werte seien Durchschnittswerte. Er gäbe auch Beschäftigte, die aufgrund ihres Punktwertes keine Leistungsprämie erhalten hätten.

Herr Reichwald fragt nach, warum Stellen verwaltungsintern nicht nachbesetzt werden können. Des Weiteren bittet er um Auskunft, welche Maßnahmen seitens der Verwaltung getroffen werden, um die Attraktivität einer Ausbildung bei der Stadtverwaltung Schwerte zu steigern. Letztlich bittet er darzustellen, ob und inwieweit Rückstellungen aus Personalkostenerstattungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen gebildet werden.

Herr Wilczynski erklärt, dass speziell eine Stelle im Planungsbereich mangels Bewerbungen intern nicht nachbesetzt werden kann.

Herr Winkler erklärt, dass im Bereich der Kindertageseinrichtungen Rücklagen gebildet werden können.

Herr Weist bitte Frau Wippermann zukünftig mehr Angebote für die männlichen Beschäftigten bereitzustellen.

Herr Bürgermeister Böckelühr antwortet auf Nachfrage von Frau Henschel zum Thema Ausbildung, dass die Kosten des Angestelltenlehrgangs II von der Verwaltung getragen werden. Eine Erstattung der Kosten beim Wechsel des Arbeitgebers oder eine Bindung an den Dienstherrn, wie es beispielsweise im Beamtenbereich praktiziert worden ist, sei nicht möglich. Bei der Allgemeinsituation im öffentlichen Dienst sei jedoch nicht damit zu rechnen, dass Beschäftigte nach Beendigung der Weiterbildung den Arbeitgeber wechseln würden. Lediglich im Bereich der Feuerwehr sei es bereits dazu gekommen, dass, bedingt durch die Beförderungssituation bei der Stadtverwaltung Schwerte, Beamte zu einer Kreisverwaltung gewechselt seien.

Frau Meise fragt an, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung Schwerte befristete Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen wurden.

Herr Struwe erklärt, dass befristete Arbeitsverhältnisse in erster Linie beim Baubetriebshof vorkommen. Hier würden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen u. a. als Krankheitsvertretungen beschäftigt. In den Kindertageseinrichtungen sei die Befristung der Integrativkräfte abhängig vom Bewilligungsbescheid des Landesjugendamtes. Nach Wegfall des Befristungsgrundes sei eine Weiterbeschäftigung nicht möglich. Auch im Bereich des Hochbaus seien befristete Arbeitsverhältnisse im Rahmen des Konjunkturpaketes II abgeschlossen worden.

Nach Abschluss der Diskussionsrunde erteilt Herr Bürgermeister Böckelühr abschließend noch einmal Frau Pentling das Wort.

Auf Nachfrage von Frau Pentling erklären sich alle Fraktionen damit einverstanden, dass der Personalbericht zukünftig nur noch alle zwei Jahre vorgelegt wird. Einzelne Bestandteile wie zum Beispiel die Entwicklung der Personalkosten sollen künftig jährlich dem Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss in Form einer Informationsvorlage vorgelegt werden.

Herr Bürgermeister Böckelühr lässt über den geänderten Beschlussvorschlag wie folgt abstimmen:

Der Personalbericht 2010 der Stadt Schwerte wird zur Kenntnis genommen. Künftig soll der Personalbericht im zweijährigen Rhythmus vorgelegt werden.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 1**

## **7. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

---

Frau Wippermann erklärt, dass sie vor dem Ratssaal eine Schautafel mit bisherigen Aktionen aufgestellt habe. Derzeit laufe in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Multikulti des Forums Lünen eine Seminaurausschreibung zum Thema „Frauen mit Migrationshintergrund“. Die Veranstaltung solle am 31.05.2011 starten. Des Weiteren seien Seminare zu den Themen „Deeskalationstraining“, „Work-Life-Balance“ „Mentales Training“ geplant. Sie weist weiter auf das „Knopf-Projekt“ der Frau Hardenfels hin. Auch sei nach den Sommerferien ein neues Projekt der Schwerter Frauengruppen zum Thema „Ehrenamtliches Engagement von Frauen“ oder „Bürgerschaftliches Engagement von Frauen“ geplant. Sie weist weiter darauf hin, dass die Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“ vertreten durch Frau Jauer an zwei Terminen im Büro der Gleichstellungsbeauftragten anwesend sein wird und dass im Jobcenter eine Beauftragte für Chancengleichheit angesiedelt sei.

### **7.1. Neue Wege - gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung Vorlage: VIII/0458**

---

Frau Wippermann erläutert das Gutachten „Neue Wege – gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“. Nach der Beschreibung des Hintergrundes des Gutachtens erläutert sie eingehend die Unterpunkte „Rollenbilder und Recht“, „Bildung“, „Erwerbsleben“, „Zeitverwendung“ und „Alter und Bilanzierung des Lebensverlaufs“.

Anschließend fasst sie die Vorschläge und Empfehlungen der Kommission zur Gleichstellungspolitik zusammen und das sich darauf abzuleitende Ergebnis.

Nach den Ausführungen von Frau Wippermann eröffnet Herr Bürgermeister Böckelühr die Diskussionsrunde.

Frau Wippermann antwortet auf die Frage von Herrn Dr. Bröckelschen, ob der letzte von ihr zitierte Satz „Die Kosten der gegenwärtigen Nichtgleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem“ ihr persönliches Fazit oder das der Sachverständigenkommission sei, dahingehend, dass es sich hierbei um den zentralen Satz der Sachverständigenkommission handle, den sie jedoch in gleicher Form unterschreiben würde.

Herr Dr. Bröckelschen fragt weiter an, ob seitens der Sachverständigenkommission diese besagten Kosten auch als solche gemessen und bewertet wurden oder ob es sich lediglich um eine nicht bewiesene Aussage handle.

Frau Wippermann erklärt, dass die Kommission in ihrem Gutachten die entsprechenden Nachweise führe. Sie könne das Gutachten gerne zur Verfügung stellen.

Frau Demant erklärt, dass die von Frau Wippermann in ihrer Zusammenfassung geschilderten Tatsachen, im Bezug auf „Minijobfalle“, „Altersarmut“ und das „Ehegattensplitting“, sich auch ihres Erachtens genauso darstellen würden. Des Weiteren sei interessant, dass der Überhang von Männern in Führungspositionen sich auch auf den Bereich ehrenamtlicher Tätigkeiten erstrecke.

Die Zusammenfassung des Gutachtens wird vom Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss zur Kenntnis genommen.

## **8. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung**

---

### **Stand der Umzüge**

Herr Struwe teilt mit, dass am 10.05.2011 mit den Umzügen begonnen wurde. An diesem Tage sei der Bereich Soziale Hilfen vom alten Rathaus II in das neue Rathaus II gezogen. Des Weiteren seien zwischenzeitlich der Bereich „Finanzdienste und Beteiligungen“ und die Wohngeldstelle dort untergebracht. Zurzeit würden die Bereiche „Demographie und Stadtplanung“ und „Bauordnung“ ihre Räume im Rathaus I beziehen. Ein großes Lob sei in diesem Zusammenhang den Kolleginnen und Kollegen des Baubetriebshofes für ihre Arbeit auszusprechen.

Herr Bürgermeister Böckelühr ergänzt, dass die Dienststelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Baubetriebshofes in geeigneter Form ihre Wertschätzung ausdrücken werde.

Frau Pentling teilt mit, dass der Vertrag mit der TWS zum 01.06.2011 abgeschlossen werde. Der Vertrag zur Nutzung des alten Rathauses II durch die Polizei werde ab 15.06.2011 abgeschlossen. Ab der zweiten Juniwoche werde die Polizei die notwendigen Umbauarbeiten in eigener Regie durchführen. Hinsichtlich einer entsprechenden Abmarkierung von der Schützenstraße bis zum Rathaus II werde sie Kontakt mit der Straßenverkehrsbehörde aufnehmen. Des Weiteren teilt sie mit, dass bedingt durch eine frühzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger im Beschwerdemanagement keine Beschwerden eingegangen seien. Auch die Teilerneuerung der Telefonanlage sei in diesem Zusammenhang hilfreich gewesen.

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt abschließend, dass hinsichtlich des Grundstückes des Rathauses II weitere Gespräche mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe angelaufen seien und dieser interessiert sei, das Grundstück zu erwerben. Er gehe davon aus, dass noch offene Fragen bis zur Sommerpause geklärt seien, so dass anschließend die notwendigen Entscheidungen getroffen werden können. Eine wesentliche Frage sei in diesem Zusammenhang der Bodenrichtwert. Der Gutachterausschuss des Kreise Unna solle diese Frage klären und einen entsprechenden Bodenrichtwert festsetzen.

## 9. Informationen und Anfragen

---

### Informationen

Herr Wilczynski berichtet, dass die Stadtverwaltung Schwerte mit einem Team beim 24-Stunden-Schwimmen im Elsebad teilnehmen werde. Auch für den Hospizlauf sei die Teilnahme angedacht. Er bittet in diesem Zusammenhang die Fraktionen darüber nachzudenken, ob bei einer Teilnahme städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, diese durch die Fraktionen gesponsert werden könnten.

---

Böckelühr  
Vorsitzender

---

Kordel  
Schriftführer